



Gesang der ewig Gestrigen – Wir beten an die Macht der Bomben. John Heartfield, A-I-Z 12. April 1934

WELTKRIEGSGEFAHR 1914 UND HEUTE

Eine Veranstaltung des Landesverbandes NRW im Kölner Freidenkerzentrum am 21. Juni - Referent: Klaus von Raussendorf

In diesem Jahr wird an den Beginn des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren in vielfältiger Form erinnert. Und dies nicht ohne Grund: er übertraf in seinen Ausmaßen alle bis dahin geführten Kriege: in seinen Strudel wurden 38 Staaten mit einer Bevölkerung von über 1,5 Milliarden Menschen gerissen, das waren drei Viertel der Weltbevölkerung (s. Lenins Imperialismustheorie und die Gegenwart, Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Dietz-Verlag Berlin, 1980, S. 180ff). In der BRD haben diejenigen Historiker die Deutungshoheit über die Ursachen des Krieges inne,

die sie in diplomatischen Missverständnissen und/oder Fehlentscheidungen verorten. Damit bleiben die eigentlichen Triebkräfte, die damals zum militärischen Gemetzel trieben und die bis heute ihre Durchsetzungskraft erhalten haben, unerkant.

Um zu diesem Thema Klarheit in unsere Köpfe zu bringen, hatte der Vorsitzende des Landesverbandes NRW, Klaus von Raussendorf, einen Vortrag vorbereitet, der nicht nur die internationalen Machtkonstellationen am Vorabend des 1. Weltkrieges aufzeigte, sondern auch den Bogen spannte zur Jetztzeit: wieder stehen die europäischen Staaten vor den Toren Russlands. Worin liegen die Unterschiede zur damaligen Situation? Und hat die Friedensbewegung von heute gute Antworten oder wird sie im Ernstfall ebenso hilflos dastehen wie seinerzeit die deutsche Sozialdemokratie?

Der unerkante Täter

Das deutsche Kaiserreich versuchte mit Hilfe der Flottenrüstung dem britischen Empire die Stirn zu bieten und machte Ansprüche auf französischen Kolonialbesitz in Afrika geltend. Gleichzeitig stritten die mit Deutschland verbündete österreichische KuK-Monarchie und das mit Russland verbündete serbische Königreich um die Konkursmasse des Osmanischen Reiches auf dem Balkan.

Deutschland ergriff in dieser Situation die Initiative, die Konflikte militärisch zu lösen, wenn auch in einer Form, die das Kaiserreich als Opfer und nicht als Täter in der Weltöffentlichkeit erscheinen liess.

Die Ermordung des österreichischen Erzherzogs Ferdinand durch einen bosnisch-serbischen Nationalisten war der willkommene Anlass, die anstehende Neuaufteilung der Märkte und Kolonien unter den europäischen Grossmächten militärisch anzugehen. Deutschland drängte die österreichische Monarchie, den Serben ein unrealistisches Ultimatum zu stellen, dessen Nichterfüllung den Einmarsch der österreichischen Truppen zur Folge hatte. Damit jedoch wurden die Interessen Russlands als Schutzmacht Serbiens verletzt: der Zugang der zaristischen Flotte zum Mittelmeer war gefährdet. Daraufhin erklärten Frankreich und Russland dem Verbündeten Österreichs - Deutschland - den Krieg. Alles verlief nach Plan: Deutschland konnte sich als das Opfer präsentieren, was auch innenpolitisch von Nutzen war. Die deutsche Sozialdemokratie war nun um die Verteidigung des Vaterlandes besorgt, schickte ihre Genossen in den Krieg und so war für Ruhe im Hinterland gesorgt. (s. a. „Blankoscheck aus Berlin“, Rainer Zilkenat, Junge Welt, 4.7.2014)

„Die deutsche Bourgeoisie, die das Märchen aufischt, sie führe einen Verteidigungskrieg, hat in Wirklichkeit den von ihrem Standpunkt aus günstigsten Zeitpunkt für den Krieg gewählt, um ihre letzten Errungenschaften in der Kriegstechnik auszunutzen und den von Russland und Frankreich bereits vorgesehenen und beschlossenen Rüstungen zuvorzukommen. (Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, W.I. Lenin, 1. Nov. 1914, LW 21, S. 14)

Ergo war der 1. Weltkrieg das Resultat ökonomisch nicht mehr lösbarer Konflikte zwischen imperialistischen Staaten.

Der Konflikt um die Ukraine

Die Fakten sind bekannt: mit militärischer und politischer Unterstützung durch die Nato-Staaten putschten neofaschistische Organisationen in der Ukraine gegen eine korrupte, jedoch frei gewählte Regierung. Der Weg für die militärische und ökonomische Einbindung eines weiteren Grenzlandes zur Russischen Föderation war frei. In Folge offenbarten sich auch die seit dem 2. Weltkrieg bestehenden Animositäten zwischen der West- und der Ostukraine. Fanden die deutschen Besatzer im Westteil willige Kollaborateure unter der nationalistischen ukrainischen Bandera-Bewegung, so unterstützte die Bevölkerung der Ostukraine die Rote Armee mittels Partisanenaktionen. Damit allein kann die heutige Kollaboration der ukrainischen Faschisten nicht erklärt werden, sie ist jedoch sicherlich ein Grund für die Brutalität, mit der alles russische auf ukrainischem Boden verteufelt und verfolgt wird. Die weitere Entwicklung ist offen, da auch die Reaktion Russlands auf den Krieg an seinen Grenzen noch nicht abzusehen ist.

Ukraine-Erklärung des Friedenspolitischen Ratschlages

Unstrittig ist die Gefährlichkeit der Situation. Eine internationale Friedensbewegung, wie sie z.B. zur Zeit des militärischen Wütens der USA in Vietnam entstand, wäre angesagt. In der BRD ist es jedoch darum sehr schlecht bestellt. Wer die Ukraine-Erklärung des Friedenspolitischen Ratschlages gelesen hat, weiss warum: „Aus Sorge um den Frieden und mit Blick auf die anhaltend kritische Lage in der und um die Ukraine wenden wir uns an Bundesregierung, Parlament und Öffentlichkeit mit der dringenden Bitte: Lassen Sie nicht zu, dass der Kampf um die Ukraine zu einem Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen und Russland eskaliert!Wir fordern von Politik und Medien, die Nato-Staaten und Russland daran zu messen, wie sie die von beiden Seiten unterzeichnete Pariser Grundakte einhalten.“

Nicht besseres lesen wir von der Europäischen Linkspartei:

„...Wir betrachten die imperiale Haltung gegenüber dem Land als Hauptfaktor der Ukrainekrise, wie sie

von allen in sie verwickelten Grossmächten an den Tag gelegt wird: die absichtlich provokativen und bellizistischen Aktionen vonseiten der USA, der NATO und der EU ebenso wie die von Russland unternommenen aggressiven Schritte. Das führt zu einer gefährlichen Lage vor unserer Haustür, die an den Kalten Krieg und sogar an den Ausbruch des I. Weltkriegs von 1914 erinnert.“

In beiden Erklärungen wird die Russische Föderation mit den in der Ukraine engagierten westlichen imperialistischen Mächten auf die selbe Stufe gestellt.

Ist die Russische Föderation eine imperialistische Macht?

Um diese Frage zu beantworten, schauen wir uns an, wie Lenin die Akteure des 1. Weltkrieges charakterisiert:

„Dieser Krieg ist aus den Bedingungen einer Epoche hervorgegangen, in der der Kapitalismus sein höchstes Entwicklungsstadium erreicht hat; in der bereits nicht nur der Export von Waren, sondern auch der Export von Kapital die wesentlichste Bedeutung hat; in der die Kartellierung der Industrie und die Internationalisierung des Wirtschaftslebens beträchtliche Ausmaße erreicht hat; in der die Kolonialpolitik zur Aufteilung fast des ganzen Erdballs geführt hat; in der die Produktivkräfte des Weltkapitalismus über die engen Schranken der nationalstaatlichen Gliederung hinausgewachsen und die objektiven Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus völlig herangereift sind.“ (Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR, 1915, LW 21, S. 148).

Als Putin im Jahr 1999 die Präsidentschaft antrat, hatten westliche - insbesondere deutsche - Berater, Investoren, Bankinstitute und andere Glücksritter die Wirtschafts- und Militärfähigkeit der ehemaligen Sowjetunion nahezu zerstört. Ein später Sieg über die Rote Armee war zu befürchten. Denn ebenso wie mit der ehemaligen DDR sollte auch mit den Resten der Sowjetunion verfahren werden: Ausplünderung der Ressourcen, verlängerte Werkbank, neue Absatzmärkte und nicht zuletzt die Zerstörung staatlicher Widerständigkeit gegen westliche imperiale weltpolitische Begehrlichkeiten.

Diesem Ausverkauf setzte Putin Schranken. Schrittweise wurden nationalökonomisch wichtige Betriebe wieder in Staatseigentum überführt, Oligarchen, die ihre Finanzmacht in Verbandelung mit ausländischem Finanzkapital zur Einflussnahme auf die russische Innenpolitik nutzen wollten, wurden juristisch belangt und der militärisch-industrielle Komplex reorganisiert und gefördert. Damit sind Bedingungen geschaffen, die politische und ökonomische Selbständigkeit als Nation wieder herzustellen. Finanziert wird der Wiederaufbau mit dem Verkauf von Rohstoffen auf dem Weltmarkt.

Für dieses Unterfangen jedoch braucht die Russische Föderation militärischen Frieden. Wozu sollte Russland fremde Märkte erobern? Abnahmeprobleme für seine Rohstoffe hat es nun wahrlich nicht und welche industriellen Produkte sollte es auf fremden Märkten absetzen, die im eigenen Land keine Abnehmer mehr finden?

Die westlichen Gralritter

Schauen wir uns dagegen die Kontrahenten - die USA und die in der Nato organisierten europäischen Staaten an. Vor allem der Rohstoffhunger ihrer Erdölbasierten Wirtschaft ist enorm. Souveräne Staaten, die als Lieferanten für den begehrten Rohstoff dem wohlfeilen Zugriff auf ihre Ressourcen Schranken setzen wollten bzw. eine eigenständige Politik entwickelten, wurden und werden zerstört. Im Unterschied zur Kolonialpolitik vor 1989 ist insbesondere die USA als militärisch stärkste imperialistische Macht nicht mehr in der Lage, funktionsfähige Regime zu etablieren. Inszenierte ethnische und religiöse Konflikte hinterlassen Chaos und Zerstörung in der Hoffnung auf ungehinderte und schnelle Ausplünderung. Afghanistan, Irak und Libyen sind berechte Beispiele.

Wer bedroht also wen?

Auf diesem Hintergrund ist das BRICS (=Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika)-Bündnis eine Hoffnung für all diejenigen Staaten, die potentiell in's Fadenkreuz der Nato geraten könnten. Denn die in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Staaten haben zunehmend die notwendige Macht, den Begehrlichkeiten des westlichen Imperialismus Paroli zu bieten.

In keinem der BRICS-Staaten steht der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf der Tagesordnung. Angesichts des herrschenden Völkerrechtsnihilismus gilt die Wahrung der nationalen Souveränität jenseits der politischen und ökonomischen Vorgaben von Weltbank und IWF jedoch schon viel.

Dass diese Politik Erfolg verspricht, wurde den USA und seinen Verbündeten im Vorfeld der geplanten militärischen Invasion in Syrien schmerzhaft bewiesen: durch die international anerkannte aktive Vermittlerrolle Russlands im Konflikt um syrische Chemiewaffen konnte die Zerstörung eines weiteren Landes im arabischen Raum vorerst verhindert werden.

Eine Friedensbewegung, die gegen die Idee der nationalen Selbstbestimmung zu Felde zieht und damit nonchalant bedrohte und bedrohende Nationen in einen Topf wirft, wird über kurz oder lang das ideologische Geschäft der Aggressoren betreiben. Denn diese haben den Internationalismus schon lange auf ihre Fahnen geschrieben, nämlich den imperialistischen. Nationen, die einen von den Hegemonialmächten unabhängigen Entwicklungsweg gehen wollen, werden mit humanitären Interventionen bestraft und ihrer nationalen Selbstbestimmung beraubt.

Aber nur die Unverletzlichkeit der Grenzen ermöglicht den Menschen die Entwicklung ökonomischer, politischer und kultureller Potenzen, mit deren Hilfe sie vielleicht einmal ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen können. Nicht allgemeine pazifistische Grussformeln an die von Hunger und Verfolgung bedrohten Menschen wird den Weg zum Weltkrieg versperren, sondern nur ein konsequentes Eintreten für die von imperialistischen Angriffen bedrohten Nationen. Aus diesem Grund gilt im aktuellen Konflikt um die

Ukraine, der ein Test auf die Belastbarkeit russischer Selbstverteidigung darstellt, unsere Solidarität der Russischen Föderation.

„Wenn zum Beispiel morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an Rußland usw. den Krieg erklärten, so wären das gerechte Kriege, Verteidigungskriege, unabhängig davon, wer als erster angegriffen hat, und jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrücker, die Sklavenhalter, die Räuber - über die 'Groß'mächte - sympathisieren.“
(Sozialismus und Krieg, W.I.Lenin, LW 21, S. 301



John Heartfield, A-I-Z Februar 1935
siehe auch Werner Rügemer: „Big Business avec (mit) Hitler“ in *jungeWelt* (28.4.2014) und *KROKODIL* No. 9

Wer Zeit und Lust hat, sich intensiver mit der politischen Beurteilung der Russischen Föderation auseinanderzusetzen, dem sei die kürzlich erschienene Schriftensammlung von Werner Pirker („Dialektik der Konterrevolution“, ISBN 978-3-85371-378-5) empfohlen.

Protokoll: foxx

BEWAFFNETER FRIEDE

Am 12. April hatte das Freidenker-Zentrum in Köln einen besonderen Gast: Herbert Kierstein. Als ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hat er 31 Jahre als Untersuchungsführer im Bereich Spionagedelikte gegen die DDR gearbeitet.

Freidenker und MfS? In unserer Erklärung 'Die Richtigstellung der Begriffe' haben wir uns u.a. die Aufgabe gestellt, die Geschichtsschreibung nicht den Herrschenden zu überlassen. Denn diese will uns glauben machen, dass mit der Zerschlagung der sozialistischen Staatengemeinschaft jegliche Versuche, unsere Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und eine Gesellschaft zum Wohle Aller aufzubauen, für immer und ewig vergeblich sein werden. Und nicht nur das. Auch positive Erinnerungen an den ersten sozialistischen Staat in Deutschland sollen gar nicht erst in den Köpfen der Menschen Raum nehmen. Deshalb werden auch 15 Jahre nach der Auflösung der DDR Millionen von Steuergeldern für die Produktion von Lügen über dieselbe verwendet. In diesem schaurigen Spektakel wird dem MfS die Hauptrolle als Instrument eines Schurkenstaates zugewiesen. Herbert Kierstein hat in diversen Publikationen und so auch in seinem Vortrag bei uns einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung geleistet, in dem er an Hand diverser Quellen exemplarisch einige dieser Lügengeschichten ad absurdum führte.

Stasi? Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Die Stasi ist ein Kampfbegriff, der während der Tumulte 1989/90 entstand. Mit ihm wird ein Organ der DDR bezeichnet, dessen Geschichte nicht zu trennen ist von der Periode des kalten Krieges.

Im Februar 1950 wurde der Aufbau des MfS begonnen. Die Ursachen für diese Entscheidung sind in den Folgen des faschistischen Raubkrieges zu suchen. Die von der Sowjetunion erkämpfte Position mit der Zerschlagung des 3. Reiches konnten die Westmächte nicht hinnehmen. Auf Grund der militärischen und moralischen Stärke der Sowjetunion mussten sie zunächst mit den Verträgen von Potsdam eine Einschränkung ihrer Einflussphären hinnehmen. Mit der Spaltung Deutschlands brachten sie sich jedoch mit dem Aufbau eines ihnen genehmen Staates in Stellung. Permanente Aggressionen gegen die DDR waren an der Tagesordnung: Grenzprovokationen, ideologische Diversionsversuche und Sabotageaktionen gegen Wirtschaftseinrichtungen. Eine Sicherung der Grenzen – zunächst der der sowjetischen Besatzungszone, später derjenigen der DDR – war notwendig.

Entsprechend waren die Aufgaben der Mitarbeiter des MfS festgelegt: Ermittlungen gegen Personen zu führen, die beteiligt waren an Kriegsverbrechen und an Verbrechen, die die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung der DDR gefährdeten. Die Ermittlungsverfahren, Entscheidungen über Festnahmen und Anklageerhebungen unterstanden der Aufsicht des Generalstaatsanwaltes der DDR.

Es wurde nicht flächendeckend, sondern schwerpunktmässig ermittelt. Dabei wurden die Mitarbeiter des MfS von informellen, d.h. nicht im Dienstverhältnis zum MfS stehenden Mitarbeitern unterstützt. Diese hatten zu 85% präventive Aufgaben. Sie führten in Schwerpunktbereichen (volkswirtschaftlich bedeutende Sektoren und Kombinate) Sicherungsmassnahmen durch, hatten jedoch keine Befugnisse, Personen zu überwachen oder zu kontrollieren.

Dennoch wird die flächendeckende Überwachung als Argument für die Stigmatisierung des MfS als verbrecherische Organisation weiter verbreitet. So veröffentlichte die BStU (Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen) die Zahl von 6,3 Mio. Anträgen auf Einsicht in die Akten des MfS. Es lohnt, diese Zahl genauer aufzuschlüsseln. 1,7 Mio Anfragen kamen von Bundesbehörden selbst, die sichergehen wollten, keinen ehemaligen Mitarbeiter des MfS in ihre Dienste zu nehmen. Weitere 3,8 Mio kamen von Parteien, Betrieben und dgl. aus demselben Interesse. Ergo erfolgten diese Anträge zur Überprüfung der ehemaligen DDR-Bürger auf ihre ideologische Tauglichkeit für's Marktgeschehen. Es verbleiben 2,5 Mio. Auch diese Zahl ist zu korrigieren. Die Unterlagen wurden ja nicht sofort erschlossen, so dass die BStU vorsoglich die Parole ausgab, mehrmals einen Antrag zu stellen. Bis heute führten 12% der Anträge zu einer Akteneinsicht, d.h. in diesen Fällen war tatsächlich eine Akte über die Person vorhanden. Ein mageres Ergebnis.

Die 'Stasi-Gedenkstätten'

Die Gedenkstätten befinden sich in den Gebäuden der ehemaligen Untersuchungshaftanstalten des MfS. Diese unterstanden - wie alle Untersuchungshaft- und Strafanstalten der DDR der Aufsicht der Staatsanwaltschaft. Aufnahme-, Unterbringungs- und Betreuungsregeln für die Untersuchungs- bzw. Strafhaftlinge waren einheitlich geregelt. Gleiches galt für die Durchführung von Vernehmungen. Die Untersuchungshaft betrug max. 3 Monate, konnte aber durch einen Beschluss des Staatsanwaltes bis auf 6 Monate verlängert werden. Jeder Häftling wurde zu Beginn und am Ende der Haft medizinisch untersucht, die Ergebnisse in einer Akte dokumentiert. Diese Akten sind vollständig erhalten. Das Material, das in den Zeiten vor der Verhaftung und während der Untersuchungshaft zusammengetragen wurde (Beobachtungs- und Vernehmungsprotokolle) wurde bei erwiesener Unschuld vernichtet, der Vorgang wurde liquidiert (nicht der Verdächtige!!!).

All dies erfahren die Besucher der Gedenkstätten jedoch nicht. Stattdessen werden ihnen Geschichten erzählt, die als eine Verhöhnung denkender Menschen zu werten sind. Ein Beispiel dokumentierte Herbert Kierstein sehr anschaulich.

So wurde den Besuchern von der gezielten radioaktiven Bestrahlung von Häftlingen berichtet. Gezeigt wurde ein Gerät, das zur Untersuchung von Gepäckstücken diente, wie es an jedem Flughafen benutzt wurde. Zudem war es nachträglich in eine Stellung gebracht worden, die eine Inbetriebnahme gar nicht ermöglicht hätte. Dennoch wird die Erkrankung der ehemaligen Häftlinge Rudolf Bahro und Jürgen

Fuchs an Leukämie auf die Bestrahlung mit eben diesen Geräten in Verbindung gebracht. Prof. Dr. Hermann Vogel stellt dazu in der Zeitschrift 'radiologie assistent' (Heft1/März 2010) fest: „Die Räume in den Haftanstalten waren nicht für die Anwendung hochenergetischer Strahlung ausgelegt. Die Anstaltsunterlagen lassen nur Beschaffung und Betrieb von diagnostischen Röntgenanlagen erkennen. Die Prüfung der Wände und des Waschbeckens in diesen Räumen ergab keinen Hinweis auf grössere Strahlenexpositionen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Krebserkrankungen von Rudolf Bahro und Jürgen Fuchs nicht durch geplante geheime Strahlenexpositionen des MfS hervorgerufen wurden.“

Diese Niederlage war jedoch kein Anlass für die Betreiber der Gedenkstätten, ihr Konzept auf eine wissenschaftlich abgesicherte Basis zu stellen. Da wird munter von Folter, Mord, Zwangsadoption oder zwangsweiser Verbringung in die Psychiatrie berichtet, ohne einen konkreten Beweis hierfür zu erbringen. Und dies ist merkwürdig, da sämtliche Akten, die über inhaftierte Personen angelegt wurden, vollständig erhalten sind. Nur werden sie aus verständlichem Interesse von den westlichen Geheimdiensten unter Verschluss gehalten, denn ihre Mitwirkung an politisch motivierten Straftaten, die in der DDR verübt wurden, könnte ihrem Ansehen als Gralshüter von Rechtsstaatlichkeit schaden.

Und die Besucher? Warum kommt es zu keinen nennenswerten Protesten bzw. Zweifeln an den ihnen präsentierten Geschichtchen? Die Zielgruppen der Gedenkstätten sind vor allem Jugendliche. So gehört ein Besuch der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen zum Pflichtprogramm der Schulfahrten nach Berlin. Ergo wird hier ein Publikum angesprochen, das nach 1989 geboren wurde und das eine Zeit kennenlernt, in der der inhumane Umgang mit politischen Gefangenen zum 'guten Ton' gehört. Beredete Beispiele lassen sich leicht finden: blickdichte Kapuzen und schalldichte Kopfhörer für die Gefangenen der US-Armee auf der cubanischen Insel Guantanamo, jahrelange Isolationshaft für politische Gefangene in der BRD etc.. So ist es nicht verwunderlich, dass die jungen Besucher selten auf die Idee kommen, dass Systemgegner auch nach rechtsstaatlichen Verfahren behandelt werden könnten.

Dennoch gab es auch Verfehlungen. Das MfS ermittelte zwar nicht gegen Personen, die eine andere Meinung hatten, sondern deren Handlungen die Interessen der DDR bedrohten. Die Frage aber, ob Menschen der DDR schaden oder sie verbessern wollten, wurde in einigen Fällen strafrechtlich entschieden. Und hier sieht Herbert Kierstein rückblickend auch ein Manko der damaligen Sicherheitspolitik: notwendige politische Auseinandersetzungen auf gesellschaftlicher Ebene - insbesondere in den 80er Jahren - wurden an das MfS delegiert. So gehörte sicherlich auch die Auseinandersetzung mit unbequemen Positionen, die junge Menschen in ihrer Entwicklung bezogen, zu einem dieser politischen Schwachpunkte.

40 Jahre Frieden in Europa

Die DDR hat in den 40 Jahren ihres Bestehens keinen einzigen Staat angegriffen oder Beihilfe dazu geleistet. Dennoch war sie kein pazifistischer Staat, sondern einer, der sich gegen Angriffe gewehrt hat. Den Bürgern konnte deshalb ein hohes Mass an sozialer Sicherheit, an Mitgestaltung gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse, an Bildungsmöglichkeiten und an kultureller Entfaltung ermöglicht werden und die Grenze wurde gegen Begehrlichkeiten der Nato-Staaten gesichert. Und hierfür haben die Mitarbeiter des MfS einen wertvollen Beitrag geleistet.



Walter Heilig „Prämien für Trümmerfrauen“, Berlin, 1947

Ganz unverhofft an einem Hügel
Sind sich begegnet Fuchs und Igel.
Halt, rief der Fuchs, du Bösewicht!
Kennst du des Königs Ordre nicht?
Ist nicht der Friede längst verkündigt,
Und weisst du nicht, dass jeder sündigt,
Der immer noch gerüstet geht?
Im Namen seiner Majestät
Geh her und übergib dein Fell.
Der Igel sprach: Nur nicht so schnell.
Lass dir erst deine Zähne brechen,
Dann wollen wir uns weiter sprechen!
Und allsogleich macht er sich rund,
Schliesst seinen dichten Stachelbund
Und trotzt getrost der ganzen Welt
Bewaffnet, doch als Friedensheld
Wilhelm Busch, 'Bewaffneter Friede'

*Neben den Büchern, die unser Referent veröffentlicht hat, stehen diverse Infoquellen zur Verfügung, z.B. kostenlose Downloads: *Fragen an das MfS - Auskünfte über eine Behörde herausgegeben von Werner Großmann und Wolfgang Schwantz (<http://ddr-kabinett-bochum.blogspot.de/2014/02/fragen-das-mfs-auskunfte-uber-eine.html>) *Die Sicherheit - zur Abwehr des MfS (<http://www.mfs-insider.de/SachbuchPDF/Inhalt.htm>) Die website ehemaliger Mitarbeiter des MfS (<http://www.mfs-insider.de>) siehe auch www.youtube.com/user/AktenFaktenArgumente*

Protokoll: foxx

PARTEISCHKEIT

Unter dieser Rubrik sollen für FreidenkerInnen relevante Positionen von Parteien, Institutionen oder Privatpersonen dokumentiert werden

"Wird in diesem katholischen E-Journal - unabhängig von der Herausgeber-Meinung etc. - der Tendenz nach eine Lanze für bewaffnete Drohnen gebrochen?" In dieser Sache gibt es drei Voten für bewaffnete Drohnen (ohne "Vollautomatisierung"!) und außerdem die Stellungnahme von Stephan Goose (Human Rights Watch), die keineswegs einen erkennbaren Einspruch gegen dieses System enthält. In den restlichen vier Beiträgen kommen kritische und z.T. sehr kritische Stimmen bezüglich der bewaffneten Drohnen zu Wort, genau besehen aber trotz aller gravierenden Einwände keine einzige kategorische Ablehnung.

Man fragt sich, warum die Redaktion hier nicht wenigstens einen Beiträger contra bewaffnete Drohnen gewinnen konnte, der ähnlich entschieden wie der Roboter-Anwalt Ronald C. Arkin seinen Standort vorträgt. Auf jeden Fall entsteht insgesamt ein sehr schiefes Bild, zumal die vorliegende Veröffentlichung der Katholischen Militärseelsorge wohl kaum zufällig im Vorfeld einer Anhörung im Parlament erschienen ist.

Grundsatzfragen der christlichen Friedensethik ("Gerechter Friede"), in deren Kontext militärische "Problemlösungs-Versprechen" und das "Programm Krieg" ja auf besondere Weise zu thematisieren wären, sind im Übrigen kein Gegenstand der Publikation. Theologische Gesichtspunkte, die sich bezogen auf die Heilsverheißungen der militärtechnologischen Revolutionen geradezu aufdrängen, kommen nicht (bzw. allenfalls indirekt in einem sehr kleinen Passus) zur Sprache, was einen Christen angesichts der Herausgabe durch die Katholischen Militärseelsorge durchaus verwundern sollte. Theologie will man der Gesellschaft offenbar nicht mehr zumuten.

Peter Bürger (linkskatholischer Theologe, Buchautor u.a.v. „Bildermaschine für den Krieg – Das Kino und die Militarisierung der Weltgesellschaft.“) am 30.06.2014 in: Kirche für Drohnen und autonome tödliche Waffensysteme? Kontroverse um ein E-Book der katholischen Militärseelsorge in Deutschland <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42136/1.html>

Erinnerung zum 65. Jahrestag der Gründung der DDR

Festveranstaltung
des DDR-Kabinetts-Bochum e.V.
Samstag, 27.09.2014

Konzert des Ernst-Busch Chor
Berlin e.V.

Moderation: Klaus Feldmann
Dram. Sprecher "Aktuelle Kamera"

Pestalozzi-Realschule, Graf-Adolf-Str. 40a, 44866 Bochum
Einlass: 10:00 Uhr - Ende: 17:00 Uhr

**Ausstellungen - Redebeiträge - Literatur -
Infostände - Essen & Trinken - Zeitzeugen - Ostfahrzeuge**

Eine Veranstaltung für Mitglieder und Sympathisanten des DDR-Kabinetts-Bochum e.V.
Keine öffentliche Veranstaltung!

Deshalb ist eine Anmeldung erforderlich unter: info@ddr-kabinett-bochum.de
www.ddr-kabinett-bochum.de

Streitbarer Werner Rügemer

Am 9. Mai 2014 verhandelte das Landgericht Hamburg eine Anzeige des IZA (Instituts für Zukunft der Arbeit), vertreten durch Prof. Dr. Klaus Zimmermann, gegen Werner Rügemer und die 'Neue Rheinische Zeitung' (NRhZ). Der Gegenstand der Anzeige war ein Artikel Rügemers in den 'Blättern fuer Deutsche und Internationale Politik' mit dem Titel "Die unterwanderte Demokratie. Der Marsch der Lobbyisten durch die Institutionen".

In diesem Artikel beschreibt Rügemer eine wenig bekannte Form der Einflussnahme wirtschaftlicher Interessengruppen auf politische Entscheidungsprozesse: scheinbar unabhängige Wissenschaftsinstitute liefern die notwendige wissenschaftliche und/oder statistische Unterfütterung für von einzelnen Industriezweigen gewünschte Politikentscheidungen. Dieses Vorgehen veranschaulichte er am Beispiel des IZA. Es ist ein privates Forschungsinstitut an der Universität Bonn, das ausschließlich mit Geldern der Deutschen Post-Stiftung finanziert wird. Das Institut arbeitet mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zusammen.

Die zentrale Frage der Verhandlung war, wie unabhängig das IZA ist. Denn genau dies war der Grund für die oben genannte Anzeige: das Institut hatte im September 2013 sowohl von den Blättern als auch von der NRhZ gefordert, diejenigen Stellen im Artikel in ihrer Internetausgabe zu löschen, die dem Institut seine Unabhängigkeit von seinen Geld- und Auftraggebern absprechen. Die Blätter unterzeichneten angesichts der ökonomischen Bedrohung eine Unterlassungserklärung und entfernten die inkriminierten Passagen. Die NRZ und Werner Rügemer dagegen hielten die vollständige Publikation des Textes aufrecht. Daraufhin beantragte Zimmermann im Januar 2014 beim Landgericht Hamburg, die Wiederholung der Aussagen durch Urteil zu verbieten und im Falle jeder einzelnen Wiederholung die Zeitung und den Autor zu einem Ordnungsgeld bis zu 250.000 Euro oder einer Ordnungshaft zu verurteilen.

Zu Beginn der Verhandlung machte die Vorsitzende Richterin deutlich, daß es sich bei drei der inkriminierten Passagen - das IZA sei nicht unabhängig, seine Wissenschaft sei nicht frei und es betreibe Lobbying - nicht um die Behauptung falscher Tatsachen, sondern um eine zulässige Meinungsäußerung handle. Lediglich die Aussage, das Institut verschweige seine finanzielle Abhängigkeit, seien nicht korrekt, da dies auf der Website des Institutes benannt ist. Dementsprechend schlug das Gericht folgenden Vergleich vor: Werner Rügemer solle an seine Aussagen zur 'freien Wissenschaft' eine Passage anfügen, die klarstellt, daß das IZA von seinen Spendern keine Ergebnis-Vorgaben erhalte und daß es keine Gefälligkeitsgutachten nach Vorgaben anfertige. Die Verfahrenskosten seien zu zwei Dritteln vom Kläger und zu einem Drittel von den Beklagten zu tragen. Dieser Vergleich wurde vom Kläger abgelehnt, so dass eine Entscheidung per Richterspruch noch aussteht.

Wie weiter? Dazu Werner Rügemer in seiner Presseerklärung vom 16. Juni: "Mein Anwalt und ich sehen der weiteren Auseinandersetzung mit einer gewissen Freude entgegen, da wir durch das Verfahren eine Vielzahl von Hinweisen erhalten haben, die mich in der Bewertung des IZA bestärken. Ich bedanke mich für das bisherige Interesse und die Unterstützung. Besonders hervorheben möchte ich den Offenen Brief, den 53 Wissenschaftler aus dem Beirat von attac Deutschland an Prof. Zimmermann gerichtet haben: Sie übernehmen die genannte Bewertung des IZA und fordern ihn auf, die Klage zurückzunehmen oder sie auch zu verklagen. Herr Zimmermann reagierte nicht. Die von mir mitbegründete „aktion gegen arbeitsunrecht“ wird aus Anlass dieses Verfahrens das Solidaritätskonto „Meinungsfreiheit in der Arbeitswelt“ einrichten: Es werden zunehmend nicht nur Autoren mit Meinungsverböten überzogen, sondern auch Beschäftigte und Betriebsräte."

Die (ohne Hinweis!) um die strittigen Passagen gekürzte Version des Artikels: www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/august/die-unterwanderte-demokratie. Weitere Informationen siehe auch www.werner-ruegemer.de und www.arbeitsunrecht.de

KLASSIKER

ERNST BLOCH
WIDERSTAND UND FRIEDE

„Nur sanft sein heißt noch nicht gut sein. Und die vielen Schwächlinge, die wir haben, sind noch nicht friedlich. Sie sind es nur im billigen, schlechten Sinn dieses Wortes, sind es allzu leicht. Ja, als kleine Kinder ließen sie sich nichts gefallen, diese begehren auf, dass man wunder meint, was es derart mit uns auf sich habe. Aber danach kamen auf zehn Aufstände tausend Kriege, und die Opfer blieben brav. Daneben überall die vielen Duckmäuser, sagen nicht so und nicht so, damit es nachher nicht heißt, sie hätten so oder so gesagt. Leicht gibt sich bereits als friedlich, was mehr feig und verkrochen ist.“

„Indes, es erhellt: wie friedlicher Wandel ein anderes als der von Filzpantoffeln ist oder auf ihnen, so ist umgekehrt Kampf fürs Gute nicht von der gleichen Gewalt wie die des Kriegs und seiner Herrschaft. Als häufiges Gemisch von Limonade und Phrase wäre Pazifismus nicht das, was er für viele Demokraten zu sein hat: Widerstand der sozial-humanen Vernunft, aktiv, ohne Ausrede.“

„Um dazu nicht entmannt zu sein, muss zwischen Kampf und Krieg dringend unterschieden werden. Ersterer ist sozialer auf absehbare Zeit nolens volens geburtshelferisch, will mit fälliger Frucht an den Tag. Er reicht vom Streik bis zu Umwälzungen, von denen die folgenreichste die bürgerliche war, die antifeudale Befreiung. Ihr Kampf war freilich weder in der englischen noch amerikanischen noch französischen Revolution ein abstrakter Putsch noch eine Fetischisierung des Kampfes selber, die dann permanente Revolution hieße. Nicht so, sondern mittels seiner, durch ihn hindurch, soll ja seine Frucht gerade als Ende, als Gewinn des Kampfes-Widerstandes, hergestellt werden, das ist: als sozialer Friede. Vor allem der russische Revolutionskampf war nirgends erobernd wie ein Krieg, sondern eben nur geburtshelferisch für jene nicht mehr antagonistische Gesellschaft abgezielt, womit die alte schwanger ist.“

„Dass aber auch der Friede ein anderes als Nicht-Krieg sei und werde, dazu gehört kausale wie erst recht finale Aufklärung ohne Unterlass, eine solche also, die sich auch gar nicht davor scheut, in die so exakte die weckende Phantasie zu greifen. Pax vobiscum, das ist bis jetzt nur ein Gruß, bestenfalls ein zwischenmenschliches Portal; wie viel wahrer wäre das als Haus. Und wenn die Verhältnisse die Menschen bilden, so hilft nichts als die Verhältnisse menschlich zu bilden; es lebe die praktische Vernunft.“

Aus dem gedruckten Text der Ansprache Ernst Blochs anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 15.10.1967

TERMINE / kurz und knapp

Der Sonntagsbrunch zum Studium der Grundlagen der politischen Ökonomie findet nach wie vor jeden 1. Sonntag im Monat in der Zeit von 11 bis 13 Uhr in Duisburg-Marxloh statt. Jetzt in der Kaiser-Wilhelm-Straße 284

Sonntag, jeden ersten im Monat, jeweils 11-13 Uhr, Duisburg
Bitte anmelden: bis jeweils 1 Woche vor der jeweiligen Veranstaltung per Email an, damit wir besser planen können: efroese@online.de. Für das Buffet bitten wir um eine kleine Spende.

Sonntag, 3. August, Berlin, 13-15 Uhr
Die NRW-Freidenker Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann, Redakteure der Arbeiterfotografie und der Quartalsschrift DAS KROKODIL sind zu Gast in Dr. Seltsams Wochenschau. Thema: Kampfbegriff Querfront Brauhaus Südsterne, Hasenheide 69, 10967 Berlin-Kreuzberg, Eintritt frei...

Donnerstag, 4. September, Köln, 20 Uhr
NCLC – Der Fotograf Lewis W. Hine und die Kinderarbeit in den USA (1908-1924). Ausstellungseröffnung in der Galerie Arbeiterfotografie, Merheimer Str. 107
Info: 0221-727999. Foto: Newsie, 7 Jahre

Freitag, 19. September 2014, Eupen, 20 Uhr
Die mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnete Berliner Compagnie mit einer Lobbyisten-Komödie, auch zu TTIP...
Jünglingshaus in Eupen (Belgien), Neustraße 86, Eintritt: 10,00 Euro. [info/reservierung: euregioprojekt-frieden.org](http://info/reservierung:euregioprojekt-frieden.org)

Samstag, 27. September 2014, Bochum, 10 - 17 Uhr
Festveranstaltung zum 65. Gründungstag der DDR
Pestalozzi-Realschule, Graf-Adolf-Str. 40a, 44866 Bochum. Anmeldung ist erforderlich: info@ddrkabinett-bochum.de

Sonntag, 28. September 2014, Köln, ca 18 Uhr
Kölner Karls-Preis-Verleihung für engagierte Literatur und Publizistik 2014 an Evelyn Hecht-Galinski. Bisherige Preisträger sind Werner Rügemer, Wolfgang Bittner und Rolf Gössner. Näheres: www.nrhz.de

Jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr, Bonn
Bonner Freidenker-Treff in der "Olive", Brüdergasse 12

Jeden letzten Freitag im Monat ab 18 Uhr, Köln, FD-Zentrum
FREIGEISTERRUNDE der Kölner FreiDenkerInnen

VERANSTALTUNGEN im NRW-FREIDENKER-ZENTRUM, 50678 Köln, Bayenstrasse 11
(erreichbar mit KVB-Linie 15 u. 16 Haltestelle "Ubierring" bzw. KVB-Bus-Linie 106 Haltestelle "Rheinhafen")



JUGENDFEIER am Donnerstag, dem 14. Mai 2015

Wenn Du mit Eltern und Freunden feiern willst, dass Du allmählich ein junger Erwachsener wirst, dann bist Du bei der Jugendfeier des Deutschen Freidenkerverbands genau richtig. In einem Vorbereitungskurs lernst Du, den eigenen Kopf zu gebrauchen, um zu verstehen, was in der Welt vor sich geht und wofür sich zu leben lohnt. Und Du lernst auch, warum es Religion gibt, woher der Glaube an jenseitige, übermenschliche Kräfte kommt. Deine Jugendfeier ist nicht nur eine Absage an Kirche, Synagoge und Moschee. Sie ist auch eine Auseinandersetzung mit „Ersatzreligionen“ sowie mit Rassismus, Faschismus und anderen irrationalen, menschenverachtenden Vorstellungen. Sie ist eine Einführung in eine Weltanschauung, die auf Vernunft und Wissenschaft beruht und alle menschenfeindlichen gesellschaftlichen Verhältnisse niederreißen will. Bei den Vorbereitungstreffen geht es um Themen wie Religion und Religionskritik, Philosophie und Weltanschauung, Auseinandersetzung mit Krieg, Faschismus und Rassismus, Ethik, Moral und Menschenrechte, Freundschaft, Liebe und Sexualität.

Ihr trefft Euch an mehreren Samstagnachmittagen im Freidenker-Zentrum Bayenstrasse 11, 50678 Köln jeweils von 10 bis ca. 16 Uhr

Und dann steigt am 14. Mai 2015 Eure große Feier!

Teilnahme ab 13 Jahren, Kostenbeitrag 120,- Euro. Anmeldung : nordrhein-westfalen@freidenker.org – 0228 346850

Gedenken mit NATO-Nagel-Bomben-Repräsentant?

Anfrage des Bundesverbands Arbeiterfotografie zum Auftritt des Bundespräsidenten (Pastor Gauck) beim Gedenken an das Nagelbombenattentat in der Keupstrasse vor 10 Jahren am 9. Juni 2004

Darf der Repräsentant des Imperialismus und rassistischer Verhältnisse in einem Staat, dessen Unterstützung zur deutschen Staatsräson gehört, eine anti-rassistische Veranstaltung in Deutschland eröffnen? Für den 9. Juni lädt Arsch Huh zusammen mit weiteren Organisationen zu einer Gedenkveranstaltung unter dem Motto „Birlikte – Zusammenstehen“ zum 10. Jahrestag des Nagelbombenattentats in der Kölner Keupstraße ein. Dabei soll auch Bundespräsident Gauck auftreten. Der Bundesverband Arbeiterfotografie hat an die Veranstalter eine Anfrage gerichtet. Sie wird von zwei weiteren Organisationen, vom Euregioprojekt Frieden Aachen e.V. und dem Deutschen Freidenker-Verband Landesverband Nordrhein-Westfalen, sowie einer Reihe von Einzelpersonen mitgetragen. Die nachfolgend wiedergegebene Anfrage vom 26.5.2014 ist gerichtet an Veranstalter und Mitveranstalter der Aktionstage „Birlikte – Zusammenstehen“. Das sind Arsch Huh e.V., Interessengemeinschaft Keupstrasse e.V., Mut gegen Rechts, Amadeu Antonio Stiftung, Roland Temme Konzerte, Mario Rispo, Stadt Köln, Schauspiel Köln und Bündnis für Demokratie und Toleranz.

Die Anfrage vom 26.5.2014

Es findet unsere Hochachtung, wenn Tendenzen in Richtung Rassismus und Fremdenfeindlichkeit öffentlich mit aller Entschiedenheit begegnet wird. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind in der Tat Phänomene, die – wie immer sie auch entstehen mögen – bekämpft werden müs-

sen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Und es ließe sich ergänzen: unser aller Verpflichtung. Weiter heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Und hier sind wir an dem Punkt, weshalb wir uns an Sie wenden. Soweit wir wissen, ist geplant, dass Bundespräsident Joachim Gauck zur Eröffnung der Veranstaltung zum Gedenken an das Nagelbombenattentat in der Keupstrasse vor 10 Jahren spricht. Das erschreckt uns. Wir können nicht verstehen, dass Sie eine Person reden lassen wollen, die für alles andere als für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt steht. Eine Person, die ein Deutschland repräsentiert, das sich an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt, das einen Oberst Klein befördert, statt ihn zur Rechenschaft zu ziehen, das in der Ukraine einen u.a. von Faschisten durchgeführten Putsch gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten stützt, das wie im Krieg gegen Jugoslawien den tausendfachen Einsatz von Streubomben – die Nagelbomben der NATO – billigt, kann nicht Repräsentant einer Veranstaltung sein, die für die Würde des Menschen steht.

Eine Person, die sagt, „dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glücksüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen“, ist unerträglich. Eine Person, die von der „Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft“ und von der Notwendigkeit, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen, spricht, ist nicht hinnehmbar. CDU-Politiker Willy Wimmer sagt, was „Schutzverantwortung“ bedeutet: „Humanitäre Intervention, Right to Protect – das sind alles Kampfbegriffe des britischen Imperialismus aus den Jahren 1830 bis 1850 auf dem europäischen Kontinent. Die Amerikaner haben noch nicht einmal neue Begriffe erfunden. Sie haben die britischen Begriffe übernommen und machen das unter globalen Maßstäben, wie es die Briten damals auch gemacht haben.“

Es ist richtig, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufzustehen. Es darf aber nicht sein, dass gleichzeitig dem Imperialismus der Weg bereitet wird, der Millionen Menschen das Leben gekostet hat und weiterhin kostet. Für niemanden darf das zur Disposition stehen und für uns als Deutsche schon gar nicht! Eine Person, die für diesen Weg steht, diskreditiert jedes noch so gute Anliegen. Wir möchten Sie daher dringend bitten, diese Person auszuladen. Teilen Sie uns bitte mit, wie Sie sich diesbezüglich entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Anneliese Fikentscher, Senne Glanschneider, Andreas Neumann, Cindy Dillmann, Peter Betscher für den Bundesverband Arbeiterfotografie; Vera Thomas-Ohst und Karl-Heinz Otten für das Euregioprojekt Frieden Aachen e.V.; Klaus von Raussendorff für den Deutschen Freidenker-Verband Landesverband Nordrhein-Westfalen; Hartmut Barth-Engelbart (Schriftsteller, Kabarettist, Musiker, Grafiker, GEW-Mitglied, ver-di/VS-Mitglied, Ex-Betriebsratsvorsitzender); Ulla Jelpke, MdB (DIE LINKE); Evelyn Hecht-Galinski (Publizistin und Autorin); Peter Kleinert (Herausgeber der NRhZ)

Reaktionen siehe: arbeiterfotografie.com/gauck

*frei*BRIEF ist das Organ des Landesvorstandes
NRW des Deutschen Freidenker-Verbands e.V.
GESCHÄFTSSTELLE:
Bayenstrasse 11, 50678 Köln

LANDESVORSITZ:
Klaus von Raussendorff
An der Nesselburg 91, 53179 Bonn
Tel.: 0228 346850, eMail: raussendorff@web.de
Bank: Deutscher Freidenker-Verband, Volksbank
Bonn Rhein-Sieg Kto.-Nr. 1902493014 (BLZ 38060186)
ab 2014 IBAN: DE06 3806 0186 1902 4930 14
BIC: GENODED 1BRS

INTERNET
www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/cms

*frei*BRIEF-REDAKTION
Martin Großkopf
Talweg 12, 53842 Troisdorf, Tel: 02241-3011909,
eMail: wickedbighead@gmx.de
Brigitte Streicher
Anneliese Fikentscher (Gestaltung)

REDAKTIONSSCHLUSS
*frei*BRIEF NRW-Info 2014-3: 15. August 2014

